



Sinn Féin

Newsletter des Sinn Féin International Department

March 2017 - Márta 2017

sinnfeininternational@gmail.com

@SFIntDept

www.sinnfein.ie

- Donnerstag 2. März 2017 - Richtungswahl im Norden Irlands



Bei dieser Wahl geht es um Integrität - O'Neill

Die politischen Institutionen sind einzigartig. Sie wurden nach Jahren des Konflikts, der Diskriminierung, Spaltung und Ungleichheit von der Mehrheit der Bevölkerung im Norden und im Süden Irlands durch ein Referendum bestätigt.

Sie ermöglichten einen friedlichen und demokratischen Weg für Veränderung, Aussöhnung und Gleichberechtigung. Als Teil des Friedensprozesses sind sie nicht vergleichbar mit den Parlamenten Dáil, Westminster, Edinburgh oder Cardiff.

Sinn Féin arbeitet im Regionalparla-

ment auf Grundlage des Mandats unserer Wähler/innen. Seit 2007 haben wir uns mit Martin McGuinness an der Leitung der Regionalregierung beteiligt, weil wir gemeinsames Regieren und Gleichberechtigung befürworten und weil wir unsere Zusagen einhalten.

Wir waren an der Regierung beteiligt, weil wir das wollten und weil wir eine funktionierende Regierung wollten.

Es ist klar, dass die DUP sich nur gezwungenermaßen beteiligte. Es gab keine Alternative. Deshalb versuchten sie, die Verträge und die Regierung zu unterminieren.

Die von den Torys und von Fine Gael geleiteten Regierungen (Großbritanniens und Irlands) sahen zu. Anstatt Vielfalt und Gleichberechtigung zu akzeptieren, verhöhnte die DUP die irische Sprache und Identität. Das St. Andrews Abkommen verpflichtete die Regierung auf ein Gesetz zur Gleichberechtigung der irischen Sprache. Die DUP verhinderte das und bezeichnete diejenigen, die dies forderten, als Krokodile.

Sie blockierten die gleichgeschlechtliche Ehe und zeigten wiederholt rassistisches, sexistisches und homophobes Verhalten und Aktivitäten.

Sie stellten sich beim Brexit gegen die Mehrheit der Bevölkerung und gegen wirtschaftliche Interessen auf die Seite der Tories.

Ihr desaströses Verhalten im RHI-Skandal und der Vorwurf der Korruption, der dabei im Raum steht, brachte die Regierung zu Fall. Die Kosten werden von einer Generation unserer Bürger/innen zu bezahlen sein. Die Folgen für die öffentliche Hand treffen uns alle. Es geht hier nicht um einen Streit zwischen Orange und Grün, es geht um Integrität. Keine Regierung kann ohne Integrität arbeiten. Keine Administration kann Vertrauen und Unterstützung der Öffentlichkeit erwarten, wenn sie nicht ehrlich und neutral agiert.

Sinn Féin hat klargemacht, dass wir die Rückkehr von Arlene Foster, der derzeitigen Chefin der DUP, in ein Regierungsamt nicht akzeptieren, bevor nicht der Bericht der RHI-Untersuchung vorliegt. Wir haben die britische und die irische Regierung informiert, dass es zur Wiederbelebung der Institutionen fundamentaler Änderungen bedarf. Während andere Parteien ihre Verant-

wortung nicht wahrnehmen wollten, haben wir die Bigotterie und Arroganz der DUP nicht akzeptiert. Die DUP hat einen brutalen Wahlkampf angekündigt. Von Anfang an versuchte sie, die Wahl in die Schablone "Protestanten gegen Katholiken" zu pressen und zum Thema, welche Partei den First Minister stellt, zu machen, obwohl es ohne die Unterstützung durch Sinn Féin keinen Regierungschef geben wird. Sie wollen eine Wahl über die Vergangenheit. Sie wollen eine Wahl über alles andere als über die Verschwendung durch das RHI-Programm oder über ihre Arroganz und Verachtung gegenüber den Bürger/innen.

UUP und SDLP haben versucht, sich als Alternative zu präsentieren, obwohl die Parteien nicht einmal zum gemeinsam Auftreten in der Opposition oder zu einem Wahlbündnis fähig sind. Wenn die Wähler/innen uns ihre Stimme geben und die Regierung wieder eingesetzt wird, wird Sinn Féin ihre Ministerämter in Übereinstimmung mit Karfreitagsabkommen in gemeinsamer Regierung ein-

nehmen. Dagegen wollen UUP und SDLP nach der Wahl auf die sicheren Oppositionsbänke zurückkehren.

Die alte unionistische Einparteien-Regierung hat versagt, genauso wie die Regierung aus London und die Regierung der Arroganz. Eine gemeinsame Regierung basierend auf Gleichberechtigung, Respekt und Integrität kann Erfolg haben, wenn der politische Wille vorhanden ist, die Verhandlungsergebnisse auch vollständig umzusetzen.

Diese Wahl und die Verhandlungen, die ihr folgen werden, bestimmen unsere Zukunft. Wir sind entschlossen, den politischen Prozess wiederzubeleben. Aber dies muss auf Basis einer genuin progressiven gemeinsamen Regierung erfolgen, in der wir im Interesse der Gesellschaft zusammenarbeiten.

Übereinkünfte müssen auch umgesetzt werden. Was wir in der nächsten Zeit gewinnen, gewinnen wir für die ganze Gesellschaft. Ich bitte die Wähler/innen, dies in ihre Überlegenheit mit einzubeziehen, wenn sie am 2. März wählen gehen.



Foto: Martin McGuinness und Michelle O'Neill, Sinn Féin's neue Chefin im Norden

“Null Toleranz” für diejenigen, die anderen Respekt und Gleichberechtigung verweigern - Adams



Foto: Gerry Adams TD - Präsident von Sinn Féin

Sinn Féin Präsident Gerry Adams kündigt “null Toleranz” für diejenigen an, die anderen nach der Wahl in einer neuen Administration Respekt und Gleichberechtigung verweigern.

Gerry Adams nannte mehrere “rote Linien” seiner Partei, darunter Gleichbehandlung aller Bereiche der Gesellschaft, auch der ethnischen Minderheiten und der LGBT Community.

Die Wahl zum Regionalparlament biete "die direkte Möglichkeit einer Antwort auf die Korruptionsvorwürfe und die Respektlosigkeit, mit der manche in den Institutionen des Nordens agieren."

Er fügte hinzu: "Diese Wahl ist eine Chance für uns, sehr sehr klarzumachen, dass wir null Toleranz für Respektlosigkeit in den Institutionen des Nordens haben, null Toleranz für die Verschwendung öffentlicher Gelder, dass wir keine Rückkehr zum Status Quo erlauben. Das heisst, Respekt,

Gleichberechtigung und Gleichbehandlung sind rote Linien, in welcher Form sie sich auch manifestieren. Diese Themen müssen im Mittelpunkt stehen. Das heisst, jeden und jede wertschätzen, ganz gleich ob Gaeilgeoir, LGBT, ethnische Minderheit, Arbeiter/in, Migrant/in, Frau, Jugendliche/r, Arbeitslose/r, ganz gleich ob von Armut heimgesucht oder gebildet." Sein Parteikollege Martin McGuinness habe keine andere Wahl gehabt, als von seinem Posten als stellvertretender First Minister zurückzutreten, erklärte Herr Adams.

“Im Januar 1972 töteten die britischen Paras 14 Demonstranten einer Bürgerrechtsdemonstration. Sie verletzten noch viel viel mehr Menschen. Das änderte für immer die Politik auf dieser Insel, aber es änderte nicht die Notwendigkeit, für Bürgerrechte zu kämpfen. Dieser Kampf geht auch heute noch weiter.

Ihr seid Teil dieses Kampfes: die Forderung nach Gleichberechtigung, Gleichbehandlung, nach einem Ende von religiös-rassistischer Diskriminierung, einer Gesellschaft, in der Bürger/innen fair und mit Respekt behandelt werden. Die abstoßende Verunglimpfung der Vorlage eines Gesetzes zur irischen Sprache durch die DUP und andere Unionisten, die Verachtung, mit der sie der irischen Sprache begegnen, ist nur ein Beispiel von Ungleichbehandlung. Die Verweigerung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Behauptung einiger DUP-Politiker, sie müssten sich die Nase zuhalten, wenn sie mit uns arbeiten, sind Symptome schlechter Manieren und Symptome dessen, was in dieser Partei und in der Gesellschaft noch nicht in Ordnung ist.

Es ist an der Zeit, dass wir all das auf eine zivile und freundliche, aber sehr bestimmte Art angehen. Das haben wir bezüglich des RHI-

Skandals und auch bezüglich der empörenden Entscheidung über Liofa getan. Und Martin McGuinness, den ich hier in der Bogside vor 45 Jahren hinter den Barrikaden des damaligen Gebiets Freies Derry das erste Mal traf, hat die einzige ihm mögliche ehrenhafte Entscheidung getroffen: seinen Rücktritt zu erklären."

Die DUP, so fuhr er in seiner Erklärung fort, sei aus der Politik gegen die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre entstanden. Sie war die "Verkörperung des Aufwiegler-Unionismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Das sind ihre Ursprünge, ihre Politik ist Teil unserer kolonialen Vergangenheit. Sie basiert auf religiös verbrämtem Rassismus. Einige ihrer Mitglieder sind der festen Überzeugung, Katholiken seien das Problem, nicht wir, sondern Katholiken im Allgemeinen. Für sie ist tatsächlich jeder, der nicht Freier Presbyterianer ist, das Problem und der Feind. Daraus resultiert der Wunsch vieler Unionisten, am besten zu beobachten

bei der Partei Unionist Voice und bei einigen in der DUP, keinem Katholiken zu begegnen.

Man kann verstehen, dass eine Erziehung, die auf dem Mantra 'keinen Millimeter nachgeben', 'keine Kapitulation', 'wir halten, was wir haben' beruht, es schwer macht, sich davon zu lösen.

Wenn das Dein Ausgangspunkt ist, ist eine Neuausrichtung ein sehr schwieriges Manöver. Denn für diese Richtung des Unionismus ist jeder Kompromiss eine Niederlage.

Für uns ist eine Niederlage eine Niederlage, aber für diese Richtung des Unionismus ist jeder Kompromiss tödlich, jede Konversation mit einem Sinn Feiner ist ein Zeichen von Schwäche und jedes Nachgeben klingt nach Kapitulation. Für manche ist sogar ein Händedruck oder ein paar Stunden gemeinsam zu verbringen zu viel." Herr Adams fügt hinzu, dass "nicht jede/r in der DUP sich so verhält. Privat sind viele sehr umgänglich und freundlich. Sie sind anständige Menschen, die das Beste für ihren

Wahlkreis tun. Zunehmend wird ihnen bewußt, dass wir das Beste für die ganze Gesellschaft tun müssen, nicht nur für unsere kleine Gruppe oder unseren kleinen Bereich. Tatsache ist, dass wir von den politischen Bedingungen, in denen wir leben, geprägt werden. Wenn wir einen freundlicheren und faireren Umgang wollen, müssen wir die Bedingungen ändern. Die Mehrheit der unionistischen Führung weiss, dass es so nicht weiter geht. Das Spiel ist nicht verloren, aber die Karten sind bekannt. ihre Taktik ist nun, zu verzögern, zu verzögern, zu verzögern.

Deshalb hat noch kein Chef einer unionistischen Partei die Rolle, die der Oranierstaat spielte, zugegeben.

Deshalb ist noch keiner aufgestanden und hat zugegeben, die Bedingungen für den Konflikt mit geschaffen zu haben.

Sie akzeptieren es nicht, dass verschiedene Seiten des Konflikts verschiedene Narrative entwickelt haben."



Foto: Gerry Adams TD und Michelle O'Neill